Wichönburg war vor dem Kriege Vizepräsident des österreichischen Herrenhauses und ist zu Kriegsbeginn freiwillig eingerückt. Er kommandierte schon in der ersten Schlacht bei Lemberg eine Marschbrigade, dann die 88. Landesschützenbrigade. Er zeichnete sich im Herbst 1914 südlich Przemysl durch die Erstürmung der Höhen von Magiera aus und befehligte später die 6. steierische Division, sowohl in den Karpathen kämpfend, als auch auf dem Hochplateau des Karst. Von seinen Truppen „Heldenvater" genannt, kämpfte und stürmte er stets in den vordersten Linien.

Eine italienische Stimme.

Der „Secolo" schreibt zur österreichischen Offensive: Unsere Front wird diesmal nicht zum Rückzuge gebracht werden. Der Feind wird vielleicht örtliche Erfolge erzielen, er wird uns aber nicht nochmals das Gebot des strategischen Rückzuges aufzwingen.

Vertagung der italienischen Kammer.

Die Kammer genehmigte in namentlicher Abstimmung mit 282 gegen 34 Stimmen folgende Tagesordnung Apuglia: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung und geht zur Bewilligung der Budgetzwölftel über. Die Vorlage der Budgetzwölftel wurde darauf angenommen. Nach der üblichen Schlußrede des Präsidenten vertagte sich die Kammer auf unbestimmte Zeit. Orlando erklärte, daß die Kammer im Falle besonderer Ereignisse, jedenfalls aber im September einberufen werden würde.

Weltfriedendämmerung?

Neutrale Friedensvermittelung.

Wie die „Zürcher Post" erfährt, ist man in gut unterrichteten Kreisen in London der Ansicht, daß die Friedensverhandlungen im Herbst möglich sind. Demselben Blatt wird aus Holland berichtet, daß dort eifrige Anstrengungen gemacht werden, um jetzt eine Friedensvermittlung durch die Neutralen einzuleiten. Das Züricher Blatt bemerkt hierzu, sofern diese holländische Aktion zustande käme und einige ernsthafte Gewähr für ihren Erfolg in sich trage, sei keinen Augenblick daran zu zweifeln, daß sie in Bern lebhaften Widerhall fände.

Sämtliche Schweizer Blätter beschäftigten sich eingehend mit den in fast allen kriegführenden Ländern ziemlich unvermittelt aufgetretenen Friedenserörterungen. Die „Zürcher Post" betont, die Zeit sei heute reif, daß ernsthaft alle Möglichkeiten zu einer Friedensverhandlung und zur Herbeiführung eines Friedens von den verantwortlichen Stellen geprüft werden müßten. Die „Zürcher Morgenzeitung" hebt hervor: Die Diplomaten aller kriegführenden Länder haben auf dem beliebten Umwege über die Presse ein zaghaftes Gespräch begonnen. Besondere Beachtung verdient dabei, daß in Paris diesmal das erste Wort vom Frieden ertönte. Das „Berner Intelligenzblatt" meint, auch der Friedenswille Frankreichs beginne sich nunmehr aller Welt zu offenbaren.

Für den freien Handel.

Eine Kundgebung in Hamburg.

Am Sonnabend fand unter zahlreicher Beteiligung der Hamburger Kaufleute eine Riesenversammlung im Konventsgarten in Hamburg statt, bei der Herr Witthoeft in einem von reichem Beifall belohnten Vortrage der von vielen Kreisen gewünschten Mechanisierung des Handels nach dem Kriege das Schalten der freien Persönlichkeit des einzelnen Kaufmanns gegenüberstellte. Er bewies an Beispielen aus dem praktischen Leben, daß der Handel nur da gedeihen könne, wo rasche Entschlußfähigkeit des einzelnen tatkräftigen und bedeutenden Mannes den Ausschlag zu geben vermag. Ebenso betonte er, daß sich Aktienunternehmungen im Welthandel nur wenig bewährt hätten, und daß der Kaufmann mit eigenem Kapital arbeiten und den Verlust am eigenen Leibe verspüren müsse, um Tüchtiges leisten zu können. Die Fortführung der Kriegswirtschaft nach dem Kriege, sagte Redner unter lang anhaltendem Beifall der Versammlung, würde den Ruin des deutschen Volkes bedeuten; denn der Welthandel, der auf Angebot und Nachfrage fuße, vermag derartige Fesseln nicht zu ertragen. Ueberspannt Deutschland den Grundsatz der Mechanisierung, so würde eine Flucht des Handels nach dem Auslande eintreten und ein Elend sondergleichen in Deutschland die Folge davon sein, ein Elend, das alles in den Schatten stellt, was der Krieg gesehen. Ein Vortrag des Herrn Huldenmann betraf eine bedeutungsvolle Kundgebung zur Verhinderung einer dem Handel schädlichen Gesetzgebung nach dem Kriege.

Die Reichstagsabgeordneten in Hamburg.

Der Einladung der führenden Persönlichkeiten aus Handel, Ueberseehandel und Großschiffahrt, die sich zu einem Ausschuß zusammengeschlossen haben, sind 175 Reichstagsabgeordnete, Mitglieder aller Fraktionen mit dem Vizepräsidenten Dr. Nove an der Spitze, gefolgt. Sie trafen im Sonderzug von Berlin auf dem Hamburger Hauptbahnhof ein, von wo aus sie sich nach kurzer Begrüßung durch Direktor Holzendorf von der Hamburg-Amerika-Linie in das Hotel Reichshof begaben. Hier wurden die Gäste durch J. Helle, Präses der Handelskammer, empfangen.

Ballin gegen die Zwangswirtschaft.

Bei dem Essen zu Ehren der in Hamburg weilenden 175 Reichstagsabgeordneten hielt Generaldirektor Ballin von der Hamburg-Amerika-Linie folgende bedeutsame Rede:

„Dem Danke, den der Präses der Handelskammer heute mittag zum Ausdruck brachte, möchte ich Worte verleihen und aussprechen, wie aufrichtig wir es anerkennen, daß die Vertreter des deutschen Volkes in so großer Zahl unserer Anregung Folge geleistet haben. Sie taten es auch aus der Erkenntnis heraus, daß Hamburg und seine Schwesterstadt an der Weser (Bremen D. Red.) berufen sein werden, große und schwere Aufgaben zu lösen, der deutschen Weltwirtschaft Wege zu bahnen und neue zu erschließen. Herr Geh. Rat Nove hat ausgesprochen, daß man vertrauensvoll die vom hanseatischen Geiste getragenen Vorträge von heute morgen in sich aufnehmen könne. Wir danken für dieses Vertrauen. Es wird uns eine heilige Pflicht sein, dahin zu streben, diese Aufgabe restlos zu erfüllen. Aber Ihrerseits müssen Sie dafür sorgen, daß man Abstand nimmt von der gefährlichen Absicht, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft im Kasernenhofe zu betreiben. Schaffen Sie uns Licht und Luft und Freiheit. Ich verstehe das Mißtrauen der Regierung einer solchen Nation gegenüber nicht. Industrie und Landwirtschaft, Handel und Schiffahrt und alle Stände, wo immer sie sich in ehrlicher Arbeit betätigen konnten, haben mitgewirkt an Deutschlands Ruhm und Größe. Meine Herren! Deutschlands Landwirtschaft hat das 70-Millionen-Volk durch bald vier Kriegsjahre hindurch ernährt. Die Industrie hat Leistungen vollbracht, zu deren Lobe man kaum noch Worte findet. Mit den Wolken sind wir gesegelt und nebenbei haben wir auch etwas Seeschiffahrt und Binnenschiffahrt getrieben nicht ganz ohne Erfolg. Angesichts aller dieser Leistungen will man die Friedenswirtschaft wiederaufbauen im Zwangsverfahren. Das können und dürfen Sie nicht zulassen. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die Uebergangswirtschaft sich auf falscher Bahn befindet. Damit wird einem Wirtschaftskriege nach dem Kriege der Boden bereitet. Wir können nicht Zwang setzen, wo wir von unseren Gegnern Freiheit verlangen. Wir können nicht für Freiheit der Meere kämpfen und gleichzeitig vor Mitteleuropa ein Siegel legen. Wir können nur einen Frieden brauchen, der das freie Spiel der Kräfte wieder herstellt. Es ist eine unabänderliche Forderung, daß sofort nach dem Kriege die überseeischen Rohstoffe und Nahrungsmittel nach Maßgabe der Beteiligung, die die einzelnen Länder 1913 an der Ausfuhr hatten, zu gleichmäßigen Bedingungen verteilt werden und Sicherung geschaffen wird für volle Parität im Weltverkehr. Eine gewisse staatliche Aufsicht zur Durchführung dieser wirtschaftlichen Aufgabe ist nötig. Aber wenn heute gesagt wird, daß die Uebergangswirtschaft teilweise drei Jahre dauern soll und die 1000 Kriegsgesellschaften dafür verwandt werden und dann erst langsam abgebaut werden sollen, dann kann ich diesen Absichten nur meine ernstesten Warnungen entgegensetzen. Sobald der Krieg vorbei ist, werden alle tüchtigen Männer zu ihrer legitimen Betätigung zurückeilen. In den Kriegsgesellschaften wird sitzenbleiben, wer an diesen nicht gerade schönen Geschöpfen geheime Reize entdeckt hat, oder sich unter den Fittichen des Vaters Staat geborgen fühlt.

Kleine politische Meldungen.

Personalunion zwischen Bayern und Elsaß-Lothringen? Ueber die künftige Gestaltung der elsaß-lothringischen Fragen berichten die „Berliner Neuesten Nachrichten": Uns geht die Nachricht zu, daß der elsässische Reichstagsabgeordnete Hauß beim bayrischen Ministerpräsidenten von Dandl eine Audienz gehabt habe, wobei sich Herr von Dandl damit einverstanden erklärt haben soll, daß die elsaß-lothringische Frage eine Regelung durch Herstellung einer Personalunion zwischen Bayern und dem bisherigen Reichslande finde. Man spricht auch davon, daß der Vizekanzler v. Payer sich für eine solche Regelung nicht nur in München, sondern auch in Stuttgart eingesetzt habe. Wie die Korrespondenz Hoffmann hierzu erfährt, entspricht diese Meldung nicht den Tatsachen. Staatsminister v. Dandl hat wohl mit dem Reichstagsabgeordneten Hauß über die Zukunft Elsaß-Lothringens gesprochen, hierbei wurde jedoch die Frage einer allenfalls möglichen Personalunion lediglich als eine der verschiedenen Möglichkeiten einer verfassungsrechtlichen Gestaltung der Reichslande erwähnt. Von der Erklärung eines Einverständnisses mit einer bestimmten Lösung kann um so weniger die Rede sein, als nach Auffassung der bayrischen Regierung die ganze Frage zur Zeit keineswegs spruchreif ist.

Kein Fluchtversuch von U C 48. Nach „Daily News" vom 27. Mai soll das in Ferrol internierte deutsche U-Boot U C 48 den Versuch gemacht haben, zu entweichen. An seinem Vorhaben sei das Boot durch den spanischen Kreuzer „Rio de la Plata" gehindert worden. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß die Nachricht erfunden ist.

Herabsetzung der Brotration in Wien. Eine tiefgreifende Maßregel wird heute der Wiener Bevölkerung bekanntgegeben werden. Der Ministerrat ist zu der Entscheidung gekommen, daß die Brotration für Wien auf die Hälfte (90 Gramm pro Tag) herabgesetzt werden muß. In der Provinz ist diese Maßregel schon vor einiger Zeit verfügt worden.

Zum Rücktritt Radoslawows. Zu der Meldung vom Rücktritt des bulgarischen Ministerpräsidenten schreibt das „B. T.": Die Stellung Radoslawows mußte schon seit einiger Zeit für erschüttert gelten. Die Opposition, zu der auch der jetzt als Nachfolger genannte Malinow gehörte, benutzte sowohl die noch nicht erledigte Dobrudschafrage wie die schwebenden bulgarisch-türkischen Grenzfragen, um dem Ministerpräsidenten Schwierigkeiten zu bereiten. Ebenso wurde ihm vorgeworfen, daß er in der Frage der definitiven Einverleibung von Kavalla, Drama und Seres nicht energisch genug gewirkt. Dazu kam eine teilweise sehr scharfe Kritik, die an der Organisation der Nahrungsversorgung geübt wurde. Seit ungefähr zehn Tagen machte Radoslawow Versuche, sein Kabinett umzubilden, um ihm durch Hinzuziehung neuer Männer wieder Lebensfähigkeit zu verleihen. Offenbar hat er jetzt demissioniert, weil diese Versuche gescheitert sind.

Zwischen Bulgarien und der Ukraine entwickeln sich freundschaftliche Beziehungen. Demnächst soll die Ernennung eines ukrainischen Gesandten für Sofia erfolgen.

Der Ernst des U-Boot-Krieges für England. Angesichts der ersten Admiralitätsberichte über den U-Bootkrieg in ihrer neuen Form schreibt Philip Snowden in der Wochenschau des „Labour Leader": Während in den drei ersten Monaten des Jahres 687 576 Tonnen englischen Schiffsraum verloren gingen, beliefen sich die Neubauten nur auf 370 280 Tonnen. Bei dieser Ungleichheit von Verlusten und Neubauten ist es nur eine Frage der Zeit, wann die Lage wirklich ernst wird. Freilich ist die Schiffsbauleistung im März dreimal so hoch gewesen wie im Januar. Aber auch sie lag noch beträchtlich unter den Verlusten, und die Lage kann nicht anders als unheilvoll angesehen werden, so lange die Fertigstellung neuer Schiffe nicht beträchtlich über der Summe der Verluste liegt.

Die amerikanische Regierung hat an Spanien eine Note gerichtet, in welcher gegen Spanien der Vorwurf erhoben wird, daß es die Bedingungen des kürzlich abgeschlossenen spanisch-nordamerikanischen Handelsabkommens nicht erfülle und hervorgehoben wird, daß Nordamerika seit Inkrafttreten des Handelsabkommens eine fünfmal größere Warenmenge nach Spanien ausgeführt hat als Spanien den in Frankreich befindlichen nordamerikanischen Truppen zu liefern zugesagt hat. Es wäre ratsam, daß Spanien der an seiner Küste betriebenen deutschen U-Bootkampagne ein Ende bereite. Die Vereinigten Staaten, welche ihre inneren Produkte selbst benötigen, können unter keinen Umständen zugeben, daß ihrer Wen in die Hände ihrer Todfeinde gelangen, um sich dortselbst in Waffen gegen Nordamerika zu verwandeln. Die spanischen Blätter weisen diese Vorwürfe energisch zurück.

Schwere Straßenkämpfe in einer irischen Stadt. Anläßlich der Verhaftung von zwei Angestellten von Kolonialwarenhändlern in Ballygar (Grafschaft Galway, Irland) kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Bevölkerung. Vor der Polizeikaserne versammelte sich eine große Menschenmenge, die eine so drohende Haltung annahm, daß der Befehl zum Angriff mit Knütteln erteilt wurde. Die Menge antwortete damit, daß sie die Schutzleute mit Steinen und Eisen bewarf. Die nach der Stadt führenden Straßen wurden mit Baumstämmen und Drahthindernissen verbarrikadiert. Dadurch wurde es den Richtern unmöglich gemacht, den Gerichtssaal, in welchem sich die ungesetzlicher militärischer Uebungen beschuldigten Gefangenen befanden, zu erreichen. Als die Gefangenen später nach dem Gefängnis von Sligo gebracht wurden, kam es zu einem neuen Zusammenstoß zwischen Polizei und Bevölkerung. Nach dem vergeblichen Angriff mit Knütteln wurde ein Bajonettangriff angeordnet, bei dem sechs Personen verwundet wurden.

Die Wehrpflicht der australischen Soldaten. Dem „Australian Worker" entnimmt der Londoner „Labour Leader" folgende Ausführungen: Wenn auch gewisse amtlich bekanntgegebene Zahlen beweisen, daß die Mehrheit der australischen Soldaten an der Front für die Wehrpflicht gestimmt hat, so hat doch in einer Versammlung gegen die Wehrpflicht ein Staatsschullehrer und Parlamentskandidat namens F. Hower, erklärt: Er könne unbedenklich sagen, daß sie fast alle gegen die Wehrpflicht gewesen seien; volle 88 v. H. der australischen Truppen hätten die Wehrpflicht abgelehnt, als sie ihre Abstimmungspapiere einsandten. Es würde interessant sein, zu erfahren, wie die Aenderung in den Zahlen vor sich gegangen ist.

Von Stadt und Land.

Aue, 18. Juni.

Zur Beruhigung des eisenverarbeitenden Handwerks.

Die fortdauernden Klagen des Handwerks über unzureichende Zuweisung von Eisen an das eisenverarbeitende Handwerk haben den Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag veranlaßt, mit der Rohstahlausgleichsstelle in Berlin Fühlung zu nehmen, um eine Abstellung der Beschwerden auf diesem Gebiete herbeizuführen. Die Verhandlungen haben zur Folge gehabt, daß die Ausgleichsstelle durchgreifende Maßnahmen zur reichlicheren Versorgung des Handwerks mit Eisen getroffen hat. Es wurde bereits eine größere Sondermenge Eisen dem Handel zur Verteilung an das Handwerk zur Verfügung gestellt. Die Lieferungen auf Grund der Zuteilung haben bereits begonnen und sollen innerhalb der nächsten Monate durchgeführt sein.

Neben dieser einmaligen behördlichen Sonderzuweisung bleibt für den Eisenhandel die Möglichkeit, sich wie bisher, auch selbst auf Grund von Bezugsscheinen mit Eisen zu versorgen, bestehen.

Sodann ist der Handel nochmal auf die Wichtigkeit hingewiesen worden, welche der Belieferung des Handwerks, besonders der Schmiedemeister, die im allgemeinen in erster Linie für die Reparaturbedürfnisse der Landwirtschaft arbeiten, beizumessen ist, mit dem gleichzeitigen dringenden Ersuchen, diesen Lieferungen größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, als es bisher zum Teil geschehen ist. Unter Umständen sollen Kleinenforderungen des Handwerks denjenigen der Rüstungsindustrie vorgezogen werden. Da seitens des Handwerks darüber geklagt wurde, daß der Handel auch bei Bezug von Kleinbedarf an Eisen und Stahl eidesstattliche Erklärungen verlangt, welche ein Handwerker auf Grund der bestehenden Bestimmungen nicht immer geben kann, ist dem Handel gestattet, einzelne Stangen Eisen oder einzelne Tafeln Bleche usw., die für laufende Reparaturen an Gegenständen des täglichen Bedarfes benötigt werden, ohne eidesstattliche Erklärung an das Handwerk abzugeben. Sämtliche Kriegsamtstellen und Nebenstellen, die Tebedienststellen, die Kriegswirtschaftsämter und Nebenämter sind von diesen Maßnahmen der Rohstahlausgleichsstelle unterrichtet worden.

Sollten gleichwohl noch ernste Beschwerden wegen ungenügender Belieferung des Handwerks mit Eisen übrig bleiben, so wird den betroffenen Handwerkern empfohlen, sich ausschließlich mit ihren zuständigen Kammern ins Vernehmen zu setzen. Der Handwerks- und Gewerbekammertag wird entsprechend den Berichten der Kammern in steter Fühlung mit der Rohstahlausgleichsstelle und dem Deutschen Stahlbund auf Abhilfe berechtigter Klagen bedacht sein.

Die Handwerker dürfen aber nicht vergessen, daß wir seit fast vier Jahren einen Krieg führen, der einen riesigen Verbrauch an Eisen bedingt, daß man unsere Truppen mit Kampfmitteln nicht im Stiche lassen darf und daß infolgedessen gewisse Beschwerlichkeiten und Unzulänglichkeiten in der Versorgung der Heimat stillschweigend hingenommen werden müssen. Nur wirklich ernste und schwerwiegende Klagen soll man bei den Kammern vorbringen.

Für die Ludendorffspende. Der Vorstand des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, aus Verbandsmitteln 1000 M. der Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte zu überweisen. Außerdem wollen die Heimarbeiterinnen in ihren Ortsgruppen besondere Sammlungen veranstalten. Diese vorbildliche Haltung verdient Anerkennung.

Juwelen- und Goldankaufswoche. Wie bereits bekannt, wird auch von der Goldankaufsstelle in Aue mit ihren Hilfsstellen Eibenstock, Lößnitz, Lauter, Schönheide, Zschorlau, Hundshübel, Oberstützengrün wie in anderen Städten des Königreichs Sachsen eine Juwelen- und Goldankaufswoche vom 24. bis 30. Juni veranstaltet. Der Ankauf findet während dieser Zeit im Erdgeschoß des Kaffee Rath rechts vom Eingang statt. Die Geschäftsstunden werden später im Anzeigenteil dieses Blattes mitgeteilt. Es sei hierbei besonders darauf hingewiesen, daß namentlich Juwelen unserer Valuta außerordentlich nützen, weil sie zur Zeit im neutralen Auslande zu guten Preisen verkauft werden können. Da lediglich für hochwertige Juwelen (Perlen, Diamanten, Smaragde, Rubine, Saphire) Begehr im Auslande vorhanden ist, sind Schmuckstücke im Handelswerte von weniger als 500 Mark und einzelne Steine oder Perlen im Handelswerte von weniger als 200 Mark von der Annahme auszuschließen. Die Verwertung der eingelieferten Juwelen erfolgt im Wege des auftragsweisen Verkaufs, demzufolge muß der Einlieferer von Juwelen einen bestimmten Mindestverkaufspreis für jedes Stück festsetzen. Ist das Stück